

Quo vadis Beamte?

DGB

Baden-Württemberg

DGB diskutiert mit den Parteien über die Zukunft des öffentlichen Dienstes

DGB-Landesvorsitzender Nikolaus Landgraf fordert eine zukunftsweisende Aufgabenkritik für die öffentliche Hand sowie zu deren Finanzierung die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einen effektiveren Steuervollzug.

Viele interessierte Personalräte, Beamtinnen und Beamte und Vertreter aus den Ministerien kamen zur DGB-Beamtenfachtagung am 15. März nach Stuttgart, um mit den Vertretern der Parteien der Frage nachzugehen: Quo vadis Beamte in Baden-Württemberg?

Auf der DGB-Tagung diskutierten prominente Vertreter der Parteien mit der DGB-Spitze über die künftigen Herausforderungen der Beamtenpolitik und die Arbeitsbedingungen der Beamtinnen und Beamten. An der Diskussion im Stuttgarter Gewerkschaftshaus beteiligten sich Dr. Christian Bäumler (Landesvorsitzender der CDA), Claus Schmiedel (SPD, Fraktionsvorsitzender), Thomas Oelmayer (Bündnis 90/Die Grünen, rechtspolitischer Sprecher) Hagen Kluck (FDP, stellvertretender Fraktionsvorsitzender), Bernd Riexinger (Die Linke, Landessprecher) und Marion v. Wartenberg (stellvertretende DGB-Landesvorsitzende).

Der DGB-Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf forderte eine zukunftsweisende Aufgabenkritik, die den Staat befähigt, das Sozialstaatsgebot auch unter widrigen Umständen, wie der Finanzkrise, zu erfüllen. Voraussetzung dafür sei eine ordentliche Finanzausstattung des Staates, die sich nicht nur an der Ausgabenseite orientieren dürfe.



Die Schuldenbremse sei kein Instrument einer zukunftsorientierten Finanzpolitik. „Sie bremst keine Schulden, sondern die Zukunft.“ Die Bremse habe auch wenig mit der Generationengerechtigkeit zu tun! Unsere Kinder und Enkel werden eine dramatisch verschlechterte Infrastruktur erben.

Der Staat müsse sich vielmehr durch eine sozial gerechte Steuerpolitik auch die nötigen Einnahmen sichern. Mit der Schuldenbremse dagegen beschneide die Politik sich selbst die Spielräume für die nötigen Zukunftsinvestitionen. Der DGB-Landeschef forderte die Landespolitiker auf, sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und für eine konsequentere Bekämpfung der Steuerkriminalität stark zu machen, statt Beschäftigten in die Taschen zu greifen.

Auch bei der Frage der künftigen Aufgaben der öffentlichen Hand werde sich der DGB einmischen, denn eines sei für eine Organisation, die Arbeitnehmerinteressen vertritt, klar:

„Eine Veränderung geht nur mit den Beschäftigten



und nicht gegen sie und Maßnahmen dürfen nicht einseitig auf deren Rücken ausgetragen werden!“

Der DGB-Landesvorsitzende Landgraf kritisierte den Abbau von Mitbestimmungsrechten im Personalvertretungsrecht. Mitbestimmung der Beschäftigten sei nicht Sand im Getriebe, sondern könne treibende Kraft für eine leistungsstarke, bürgernahe Verwaltung sein.

„Wer die Rechte der Personalräte schwächt, verkennt, dass zufriedene Mitarbeiter das stärkste Kapital für die Weiterentwicklung eines jeden Betriebs sind.“ Für den DGB bedeute dies auch einklagbare Initiativrechte. Nur so könnten Personalräte auf Augenhöhe mit den Dienststellen agieren.

Marion v. Wartenberg, stellvertretende DGB-Landesvorsitzende, unterstrich auf dem Podium, dass der öffentliche Dienst attraktive Arbeitsbedingungen brauche, um im Wettkampf um die besten Köpfe konkurrenzfähig mit der Privatwirtschaft zu sein. Dies müsse sich auch in der Bezahlung niederschlagen. Die DGB-Vize begrüßte zwar, dass die Landesregierung den Tarifabschluss vollständig auf die Beamtinnen und Beamten übertragen will, kritisierte aber das Verfahren der jüngst vorgezogenen Besoldungserhöhung um zwei Prozent. „Ein solches Vorgehen ist auch in Zeiten des Wahlkampfes indiskutabel, weil es Tarifverhandlungen konterkariert“, so v. Wartenberg. „Für eine eigenständige Besoldungspolitik, die Tarifbeschäftigte und Beamte spaltet, reicht der DGB nicht die Hand.“

Die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende kritisierte, dass Schülerinnen und Schüler gute Chancen hätten, in ihren Klassen von älteren Lehrkräften unterrichtet zu werden. Die Hälfte aller Lehrkräfte ist plus/minus über alle Schularten hinweg 50 Jahre oder älter.

Die Politik kann seit 20 Jahren wissen, was auf die Schulen zukommt. Das gleiche gilt für den Bereich der Polizei und der Landesverwaltung insgesamt.

Ein kluges Personalmanagement ist hier gefragt. Im Wettbewerb um die besten Köpfe müsse der öffentliche Dienst als attraktiver Arbeitgeber auftreten. Damit könnten auch neue Bewerbergruppen angesprochen werden, z.B. Migranten, ältere Arbeitnehmer, Frauen in Technikberufen. Das Personalmanagement müsse auch die Arbeit alters- und altersgerecht gestalten. Die Dienstherrn seien gefordert, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten über die gesamte Erwerbsbiografie erhält, damit diese gesund das Renten- bzw. Pensionsalter erreichen.

Die Vertreter der Parteien zeichneten durchaus unterschiedliche Wege, wohin es mit den Beamtinnen und Beamten gehen könnte. Während Christian Bäumler (CDU) und Hagen Kluck (FDP) sich klar zum Berufsbeamtentum bekannten, können sich Claus Schmiedel (SPD), Thomas Oelmayer (Bündnis90/Die Grünen) sowie Bernd Riexinger (Die Linke) vorstellen, dass Beamtinnen und Beamte künftig nur noch in den Kernbereichen des Staates (Justiz, Polizei, Feuerwehr...) beschäftigt werden. Demnach müssen z.B. Lehrkräfte nicht verbeamtet werden.

Bei der Mitbestimmung verwiesen Herr Bäumler (CDU) und Herr Kluck (FDP) auf das Urteil des Bundesverfassungsgericht und deren notwendige Anpassung. SPD, Grüne und Linke wollen sich für mehr Mitbestimmung einsetzen.

**Am Wahlsonntag auch an Werktage denken!
Wählen gehen!**



Podium v.l.n.r.: Hagen Kluck (FDP), Thomas Oelmayer (Bündnis 90/Die Grünen), Claus Schmiedel (SPD), Thomas Durchdenwald (Stuttgarter Zeitung), Marion v. Wartenberg (DGB), Dr. Christian Bäumler (CDU), Bernd Riexinger (Die Linke)